

Zukunft der Arbeit

Prof. Dr. Franz Lehner
Institut für Arbeit und Technik Gelsenkirchen

Bielefeld 2000plus – Forschungsprojekte zur Region

Herausgegeben von Prof. Dr. Joachim Frohn
(Universität Bielefeld, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften) und
Karsten Gebhardt
(Vorstandsvorsitzender von Bielefelder Konsens: Pro Bielefeld e.V.)

Diskussionspapier Nr. 7
Juni 1999

Das Projekt „Bielefeld 2000plus“ wird finanziell unterstützt von: Universität Bielefeld,
Sparkasse Bielefeld, Stadtwerke Bielefeld, Universitätsgesellschaft, WEGE mbH

Zukunft der Arbeit

Prof. Dr. Franz Lehner
Institut für Arbeit und Technik Gelsenkirchen

Bielefeld 2000plus – Forschungsprojekte zur Region

Herausgegeben von Prof. Dr. Joachim Frohn
(Universität Bielefeld, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften) und
Karsten Gebhardt
(Vorstandsvorsitzender von Bielefelder Konsens: Pro Bielefeld e.V.)

Diskussionspapier Nr. 7
Juni 1999

Adressen: c/o Universität Bielefeld
Postfach 10 01 31
33501 Bielefeld
Tel.: 106 - 48 73
Fax: 106 - 29 94
email: jfrohn@wiwi.uni-bielefeld.de

Evangelisches Johanneswerk e.V.
Schildescher Str. 101
33611 Bielefeld
Tel.: 80 12 130
Fax: 80 12 150

VORWORT

In dieser Reihe sollen in zwangloser Folge Projektberichte publiziert werden, die entweder in einem engen regionalen Bezug zu Bielefeld stehen oder aber regionenübergreifende zukunftsweisende Themen ansprechen.

Diese Veröffentlichungen sind Teil des langfristig angelegten Projektes „Bielefeld 2000plus“, das sich mit den Zukunftsperspektiven der Region beschäftigt und gemeinsam vom Verein „Bielefelder Konsens: Pro Bielefeld e.V.“ und der Universität Bielefeld getragen und von der Stadt Bielefeld nachhaltig unterstützt wird. Im Herbst 1997 sind hierfür mehrere Arbeitsgruppen für die Bereiche Wirtschaft, Stadtentwicklung, Umwelt, Kultur, Bildung, Wissenschaft und Gesundheit eingerichtet worden, in denen Wissenschaftler der Universität Bielefeld gemeinsam mit Vertretern verschiedener Institutionen und Organisationen der Stadt Bielefeld Fragestellungen bearbeiten, die die Zukunftsfähigkeit der Region betreffen.

Wir danken allen, die das Projekt unterstützt und die Herausgabe dieser Diskussionsarbeitsreihe finanziell gefördert haben.

Bielefeld, Oktober 1997

Prof. Dr. J. Frohn (Universität Bielefeld)

K. Gebhardt (Bielefelder Konsens: Pro Bielefeld e.V.)

Zukunft der Arbeit

Ein Vortrag von Prof. Dr. Franz Lehner, Präsident des Instituts für Arbeit und Technik im Wissenschaftszentrum NRW Gelsenkirchen

Unter dem Eindruck einer lang anhaltenden hohen Arbeitslosigkeit und einer wachsenden Langzeitarbeitslosigkeit wird in Deutschland und in Europa insgesamt immer mehr darüber diskutiert, ob denn die Arbeit im Sinne von Erwerbsarbeit, im Sinne von Normalarbeitsverhältnissen, überhaupt noch eine Zukunft hat. So wurde beispielsweise vom Club of Rome ein Bericht herausgegeben, im dem steht: „Die Erwerbsarbeit - die Vollzeit-erwerbsarbeit - hat keine Zukunft mehr“. Wir müssen uns entweder von Normalarbeitszeitverhältnissen und Erwerbsarbeit z. T. verabschieden, oder wir müssen langanhaltende hohe Massenarbeitslosigkeit in Kauf nehmen. Begründet wurden diese Aussagen durch den technischen Fortschritt, der Arbeitsplätze wegrationalisiert. Ein weiterer vielzitiertes Grund ist die wachsende Produktivität, die wir durch die Verschlinkung der Produktionsstrukturen erzeugen.

Gefordert wird, daß wir neue Formen der Arbeit, die nicht Erwerbsarbeit ist, akzeptieren müssen. Verwiesen wird in diesem Zusammenhang auf das neue Phänomen des „Prosumers“, des Konsumenten, der mitproduziert. Es wird darauf hingewiesen, daß Nichterwerbsarbeit wie beispielsweise Gartenarbeit, Hausarbeit etc. auch als Arbeit fungieren könnte – was teilweise ja bereits auch schon so ist.

Demnach ist ein Mix aus Erwerbsarbeit, Nichterwerbsarbeit und sozial geförderter Arbeit notwendig. Ohne diesen Mix, so die Prophezeihungen des Club of Rome, haben wir gar keine Chancen mehr, daß alle Menschen noch arbeiten können.

Für dieses Modell spricht sehr viel - auch die Arbeitsmarktstatistik, die seit Jahren hohe Arbeitslosenquoten veröffentlicht. Dabei sind ca. 50 % aller Arbeitslosen in NRW Langzeitarbeitslose.

Aber auch theoretische Gründe, etwa die rasch anwachsende Produktivität, sind nicht zu vernachlässigen.

Beispielsweise war Anfang der 90er Jahre die Produktivität der japanischen Automobilindustrie viermal höher als die der deutschen Autobauer. Diese Differenz existiert heute nicht mehr, d.h. in Deutschland werden heute in einem bestimmten Zeitraum viermal soviel Autos hergestellt wie vor zehn Jahren. Die Umsatzentwicklung weist aber keine solche Steigerungsrate auf. Aufgrund dieser Diskrepanz werden Arbeitsplätze abgebaut.

Es gibt einen systematischen Zusammenhang zwischen der Produktivitätsentwicklung und der Arbeitslosigkeit. Auch das Beispiel der Niederlande belegt das. Jedoch haben die Niederlande die Arbeit besser verteilt und mehr Teilzeitarbeit eingeführt.

Es sprechen demnach mehrere Gründe dafür, daß ohne eine Umverteilung von Arbeit und ohne neue Arbeitsformen die Sicherung der Vollzeitarbeit, der Erwerbsgesellschaft, nicht gewährleistet werden kann.

In welchem Ausmaß ist unsere Gesellschaft wirklich eine Arbeitsgesellschaft? Arbeit ist nicht nur Teil unseres täglichen Lebens. Arbeit ist der Schlüssel für unseren Marktzugang. Damit verbunden ist auch unser Leistungsverständnis und unser Selbstbewußtsein.

Ein Abschiednehmen von der Vollbeschäftigung, das bisher die Regelungsmechanismen unterstützt hat, die Marktwirtschaft ermöglicht hat, bedeutet damit die gesellschaftlichen Normen umzukehren.

Aber die Gründe, die angeführt werden, werden sich bei Lichte betrachtet als falsch oder zumindest als irreführend darstellen.

Die *Arbeitsmarktstatistik*, um damit zu beginnen, beschreibt lediglich die gegenwärtige Entwicklung in Deutschland und in Europa. Das bedeutet aber nicht, daß es so sein muß. Ein Blick über den Atlantik oder den Pazifik, nach den USA oder Japan, zeigt uns, daß ganz andere Möglichkeiten existieren. Nicht in allen entwickelnden Volkswirtschaften geht die Arbeit i.S.v. Erwerbsarbeit derart zurück. In den USA wurden in den letzten 20 Jahren etwa 80% neue Arbeitsplätze geschaffen. In Japan waren es immerhin noch 40%, in Europa waren es 8%. Zehnmal weniger als in den USA. Und in Deutschland

waren es noch etwas weniger als 7%. (In Holland noch etwas weniger.) D.h. in Europa wurden zehnmal weniger Arbeitsplätze geschaffen als in den USA. Wäre die Entwicklung in Europa ähnlich der in den USA verlaufen, bräuchten wir uns heute über die Zukunft der Erwerbsarbeit oder Vollbeschäftigung kaum Gedanken machen. Es gäbe auch in Europa keine 100%ige Vollbeschäftigung, aber die gab es nie. Die Ökonomen sprechen in dem Zusammenhang von Sockelarbeitslosigkeit, aber es gäbe keine Arbeitslosenquote, die der heutigen ähneln würde.

Es gibt keinen Trend der Zukunft der Arbeit, der sich von der Erwerbstätigkeit entfernt. Jedoch gibt es in Europa erhebliche Probleme. Betrachtet man sich die *Produktivität*, dann sind nicht die Europäer die Produktiven, die Arbeitsplätze wegrationalisieren und die Amerikaner die wenig Produktiven. Die Amerikaner sind uns in der Produktivität weit voraus. Wenn man sich anschaut, was in den USA an neuen Arbeitsplätzen geschaffen wurde, vor allem zur Clinton - Zeit, aber auch schon bei Reagan, dann sind dies zum großen Teil hochqualifizierte Arbeitsplätze. Die Experten streiten darüber, ob 60, 70 oder 80% aller neuen Arbeitsplätze hochwertig sind. Selbst im Dienstleistungsbereich ist ein großer Teil hochwertiger Arbeitsplätze gut bezahlt.

Und daß so viele sogenannte McDonald´s - Jobs geschaffen werden, hängt ganz einfach damit zusammen, daß dieser Arbeitsmarkt in den USA so sein muß. Die USA, die immer noch ein Einwanderungsland sind, haben auch einen beträchtlichen Teil Arbeitsbevölkerung, die man mit solchen Jobs zunächst einmal unterbringen muß, die einfach die Qualifikation noch gar nicht besitzen. Es steht im Zusammenhang mit der vorherrschenden Situation.

Wir in Europa haben nicht annähernd so viel von diesen hochqualifizierten Jobs geschaffen.

Wenn wir ganz zurückhaltend sind und alle Experten als Lügner strafen, dann sind nur die Hälfte der Jobs, die in den USA geschaffen werden, hochwertig, also gut bezahlt. Dann sind es immerhin noch 40% neuer Jobs innerhalb der letzten 20 Jahre gegenüber den 8% in Europa, und den 7 % in Deutschland. Das zeigt, daß Produktivität nicht der Grund sein kann. Die Amerikaner haben in vielen Bereichen, in denen sie in der Produktivität führend sind, an Beschäftigung zugelegt.

Und auch der zweite Grund, die *Technik*, die moderne Informationstechnologie, die Arbeitsplätze kostet, ist nicht richtig. Wir haben in den letzten zehn bis 15 Jahren selbst in Deutschland die meisten neuen Arbeitsplätze in HighTech-Bereichen geschaffen, nicht in LowTech-Bereichen.

Und auch im Dienstleistungsbereich wachsen die produktionsnahen Dienstleistungen und die sozialen Dienstleistungen. Zumindest die produktionsnahen Dienstleistungen sind eher hochwertige und auch technisch hochwertige Dienstleistungen.

Auch hier ist sehr schnell feststellbar, daß die theoretischen Gründe nicht stimmen. Wissenschaftlich kann belegt werden, daß es keinen klaren eindeutigen Zusammenhang zwischen der Produktivitätsentwicklung und dem Arbeitsmarkt gibt: Häufig ist es so, daß bei wachsender Produktivität die Unternehmen billiger werden und damit ihren Markt ausweiten können. Dadurch können häufig die Arbeitsplätze, die durch die Produktivitätssteigerung gefährdet wären, durch die Ausweitung der Absatzmärkte kompensiert werden. Demzufolge ist bei einem einzelnen Unternehmen nicht eindeutig, wie das Unternehmen reagiert - das hängt von der Marktentwicklung ab. Gesamtwirtschaftlich ist dieser Zusammenhang so kompliziert, daß das nicht dargestellt werden kann.

Durchaus denkbar wäre, daß durch die Rationalisierung, also durch den Einsatz von mehr Technik, etwa im Automobilbereich, Arbeitsplätze verlorengehen, aber daß gleichzeitig, z. B. im Maschinenbau oder bei den Organisationsconsultants, zahlreiche neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Das muß nicht immer der Fall sein, aber es ist bemerkenswert, daß sich etwa in Köln das Organisationsconsulting als eine neue Wachstumsbranche entpuppt. Eine Untersuchung des IAT hat belegt, daß diese Zusammenhänge für die wirtschaftliche Zukunft der Stadt Köln viel richtungsweisender sind, als etwa die Entwicklung in der Automobilindustrie; und das immerhin am Ford-Standort Köln.

Die Entwicklung, die sich durch zunehmende Produktivität ergibt, ist demnach nicht vorhersehbar. Die Aussage, Produktivität macht Arbeitsplätze kaputt, ist jedoch simpler Unverstand. In vielen guten Einzelfällen mag das so sein, generell muß es nicht so sein und ist es meistens nicht.

In diesem Zusammenhang muß auch darauf hingewiesen werden, daß ohne die Produktivitätsfortschritte, die wir in Deutschland in den letzten 30, 40 Jahren erzielt hatten, wir uns den hohen Wohlstand nie hätten leisten können.

Demnach reduziert sich das Thema Zukunft der Arbeit sehr schnell vom großen Welt drama, durch Globalisierung bedingt, auf die Frage, was wir in Deutschland, in Europa, falsch machen? Was wir anders machen, als in den USA oder Japan? Die wichtigste Antwort gibt eine völlig unradikale Organisation, die „Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit“, die OECD. Nach Aussagen der OECD hat die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland, in ganz Europa eine ganz zentrale Ursache: Zuwenig radikale Innovation, zuwenig Strukturwandel, zuwenig Bewegung hin auf das, was man so schön die „wissensbasierte Volkswirtschaft“ nennt. Zuwenig radikale Innovation heißt zuwenig in neue Produkte, in neue Märkte also in unbekannte ökonomische Welten, zu investieren. Zuwenig Strukturwandel meint nicht nur zuwenig HighTech, sondern auch mit dem Wissen als Produktionsfaktor, die wirtschaftliche Zukunft gestalten und nicht zuletzt zuwenig Dienstleistungen.

Tatsächlich kann man feststellen, daß die Wirtschaft in Europa und vor allem in Deutschland durchaus eine hohe technologische Kompetenz hat. Deutschland ist nicht "technologisch abgehängt".

Wenn man Patentstatistiken anschaut, stehen wir nicht schlecht da. Wenn man aus der Patentstatistik und aus der technologischen Zahlungsbilanz die Mikroelektronik heraus rechnet, stehen wir gut da. In der Mikroelektronik ist Deutschland nicht so gut. Unsere staatsgeförderten Elektronikkonzerne, wie Siemens, waren nie sehr innovativ.

Das wird sich auch nicht so schnell ändern. Aber abgesehen von der Mikroelektronik ist die Kompetenz sehr hoch. In modernen Technologien, Zukunftstechnologien, neuen Werkstoffen, Nanotechnologie, Biogentechnologie ist Deutschland in der Forschungsentwicklung durchaus führend. Aber - und das ist ein sehr wichtiger Punkt - vieles davon setzen wir kommerziell sehr schlecht und mit großer Verzögerung um. Und dann kommt eben ganz schnell raus, daß in vielen Bereichen, wo wir die Produkte in Deutschland erfunden

haben, die Märkte im Warnzustand sind. Das Handy, das Fax, beides deutsche Erfindungen, das sind bekannte Beispiele dafür. Das Fax ist in Japan, das Handy in den USA vermarktet worden.

Im gesundheitstechnischen Bereich könnten wir viele Dinge bringen. In der Bio- und Gentechnologie war dieses Land wissenschaftlich die führende Nation. Heute nicht mehr. Heute bauen eher deutsche Unternehmen ihre Bio- und Gentechnologie in den USA aus. Deutschland ist technisch sehr gut, aber wir gehen immer nur in die etablierten Produktlinien. Wir bauen immer bessere Autos und wahrscheinlich die tollsten Maschinen, häufig jedoch am Markt vorbei.

Eine interne Studie des „McKinsey Global Institute“ hat folgendes festgestellt: Ein Vergleich der deutschen Elektroindustrie gegenüber der Weltspitze ergab, daß die Kosten in Deutschland ca. 50% höher sind. Das ist im globalen Wettbewerb nahezu tödlich. Die Ursachen hierfür sind vielschichtig:

- Zu hohe Arbeitskosten, Kapitalkosten und Ressourcenkosten, also zu teure Löhne, zu teure Arbeit, zu hohe Steuern und zu hohe Umweltauflagen führen nur zu zehn Prozent höheren Kosten.
- 17% höhere Kosten haben wir, weil wir die Produktion schlecht organisiert haben. Wir reden zwar viel von „schlanker Produktion“, aber mit der Abmagerungskur klappt es dann doch nicht.
- Weitere zehn Prozent sind einfach dadurch bedingt, weil es nicht gelingt, in der Elektroindustrie ein vernünftiges „Design of Manufacturing“ hinzukriegen: Produkte technisch so zu gestalten, daß man sie in der Produktion auch spielend, oder ohne große Probleme, produzieren kann.
- Und nochmals zehn Prozent werden verursacht, weil wir sogenanntes „Over-Engineering“ machen. Weil wir in Produkte technische Dinge einbauen, die der Kunde überhaupt nicht haben will, weil wir schlicht und einfach am Kunden, am Markt, vorbeiproduzieren. Wir verlieren mehr Wettbewerbsfähigkeit, weil wir Technik am Markt vorbei erzeugen - nicht, weil wir zuwenig Technik haben.

Ein weiterer, bereits genannter Punkt ist: Deutschland macht wenig am neuen Markt und darüberhinaus mit fallender Tendenz. In Deutschland ist der Anteil am Gesamtumsatz der Länder in den vergangenen zehn Jahren von 33 auf

28% gesunken. Er müßte eigentlich steigen, wenn wir innovativ genug wären, um im Weltmarkt mithalten zu können.

In den USA würden diese Zahlen ganz anders aussehen: Viel höher und vor allem mit einer stark steigenden Tendenz. Bei uns nimmt der Anteil neuer Produkte immer noch ab. Die viel zitierte Exportstärke Deutschlands stellt ganz einfach ein Schwimmen im Strom dar - aber keine eigene Schwimmleistung. Sie beruht ganz einfach auf dem Exportwachstum weltweit. Wir wachsen einfach mit, weil der Weltexport steigt. Aber wir wachsen nicht, weil wir wettbewerbsfähiger geworden sind, weil wir unsere relativen Anteile gesteigert haben. Und wir wachsen vor allem nicht, weil wir nicht in immer neue Märkte hineingegangen sind. Das nennt man „Exportdiversifizierung“. Auch in puncto „Exportdiversifizierung“ ist die Entwicklung rückläufig - lt. etablierten OECD-Zahlen.

Auch da passiert wenig innovatives, wenig in neue Märkte hinein. Innovation entlang der Linien, die man gut übersehen kann. Wir wissen nicht, was der Markt wirklich will, wie das Produkt wirklich aussieht, an dem wir gerade basteln. Und auch nicht, wie die Produktion wirklich funktioniert. Wenn man in ein völlig neues Produkt hineingeht, dann weiß man nicht, ob der Markt es so oder so gestaltet haben will. Man erlebt Überraschungen. Und bei der Produktion erst recht. Man weiß eben nicht, ob bestimmte Produktionen funktionieren. Da ist sehr viel Ungewißheit und extrem viel Risiko dabei - deshalb auch radikale Innovation. Damit macht man heute die größeren Geschäfte. Wir in Deutschland machen sie nicht.

Fast überall, wo rasch expandierende Märkte sind, sind wir eben hinterher. Deutsche Firmen gehen wieder da rein, wo es sicher ist.

Wir alle träumen von einem raschen Einstieg in die Informationsgesellschaft und wir scheinen darin auch stark zu sein: Mannesmann, Telekom etc.

Aber was machen wir denn? Wir bauen die Datenautobahn, aber nicht die Autos, die darauf verkehren sollen. Wir sind toll in den Telekommunikationsgrunddiensten, aber wenn es um Internetangebote geht, da sind wir nicht besser, da liegen wir hinten zurück. Wir haben pro Kopf viel weniger Internetserver in diesem Lande als in den USA.

Wir entwickeln also wiederum nur die Dinge, die relativ aussichtsreich sind, wo man ein relativ gutes Geschäft hat. Vor allem dann, wenn man zu den Großen

gehört und Geld im Hintergrund hat, um einen mörderischen Verdrängungswettbewerb zu bestehen. Wir gehen in die Gebiete rein, wo nicht die Innovation gefragt wird, sondern die Muskelkraft bzw. in diesem Fall die Finanzkraft.

Der Wettbewerb zwischen den Firmen beruht im wesentlichen auf der Überlegung, wie sie den anderen ein Bein stellen können. Das geht alles mit Geld - ohne Innovation. Und vieles gilt gleichermaßen für die Dienstleistungen.

Wir sehen, im Grunde fehlt uns nichts, und das ist beachtlich, außer radikaler Innovation und Mut zum Strukturwandel. Das ist durch viele Studien belegt. Hätten wir mehr Mut zum Strukturwandel, würden wir viel radikaler innovieren, würden wir in viele Märkte von Vorne eintreten und nicht warten bis andere uns das Risiko abgenommen haben. Dann bräuchten wir über die Zukunft der Arbeit in Europa nicht reden.

Warum sind die Probleme in Europa so stark? Die Ingenieure, die Kaufleute, die Wissenschaftler und auch die Facharbeiter sind mindestens ebenso gut wie in Amerika oder Asien. Aber: Wir haben unheimlich rigide, stark segmentierte Strukturen. Das fängt mit der sehr *stark bürokratischen Organisation* an, sowohl bei sehr vielen großen Unternehmen als auch beim Staat. Das setzt sich dann in einer enormen *Überreglementierung* fort. In diesem Bereich sind wir ungeheuer kreativ: im Erfinden von immer neuen Vorschriften und Regeln. Und das ist nicht nur beim Staat so, sondern auch bei großen Konzernen, die überlegen beispielsweise, wie man auf Dienstreisen operieren soll.

Problematisch ist in Deutschland auch noch immer das *Verhältnis zwischen Universitäten und Praxis*. Nicht nur in der Form, daß wir relativ wenig mit den anderen zu tun haben, sondern daß wir wirklich Kulturbrüche haben. Die Universität funktioniert nach ganz anderen Spielregeln als die Wirtschaft. Und beide können schon deswegen schlecht zusammen kooperieren, weil sie sich kulturell gar nicht aufeinander einstellen können: Die Wirtschaft, die relativ kurzfristig Dinge umsetzen will und die Wissenschaft, die sich nicht an der Umsetzung orientiert, sondern am „innerwissenschaftlichen“ Dialog. Und das ist, verglichen mit den USA, eine andere Mentalität. Die Art und Weise, wie Vertreter der Universitäten mit der Praxis umgehen, die Leichtigkeit mit der man Brücken schlagen kann ist beispielgebend. Das kennen wir einfach nicht. Aber

auch in diesem Bereich werden viele Möglichkeiten durch bürokratische Reglementierungen erschwert: das Beamtenrecht, die Debatte um die Professoren, die nebenher Unternehmen haben. An keiner amerikanischen Universität würde ein solches Engagement als Problem angesehen, man würde es lediglich positiv zur Kenntnis nehmen, vorausgesetzt, daß der Professor seinen Job als Hochschullehrer gut ausführt. Anstatt hinzugehen und zu überlegen, wie können wir dafür sorgen, daß die Hochschullehrer ihren Job richtig machen und ihnen unter dieser Voraussetzung die Möglichkeit der Unternehmensgründung zu gewähren, gehen wir hin und überlegen uns, wie wir die Nebentätigkeiten einschränken können. Vor allem dann, wenn es um kommerzielle Nebentätigkeiten geht. Also einen Vortrag halten darf ich, aber wenn es in Richtung Unternehmen geht, was vielleicht wichtig wäre, daß Professoren mal lernen ihre Grundlagenforschung ganz schnell zu kommerzialisieren, was der Wissenschaft helfen würde, weil sie sich dann Praxiserfahrung holt, und der Wirtschaft, weil sie viel Wissenschaft erhält, das problematisieren wir bei uns.

Wir haben eine ziemlich falsche *Innovationspolitik*. Wir fördern bei uns - ausgesprochen einseitig - die Technik und nicht die Märkte. Auch da können wir wieder von den Amerikanern lernen, aber noch viel mehr von den Japanern, die beispielsweise in einem nationalen Forschungsprogramm die Mikroelektronik entwickeln, und in diesem Rahmen die Mikroelektroniker sofort mit den zukünftigen Nutzern zusammengebracht haben. Daraus ist ein Erfolg geworden für die Megatronik - die Revolution des Maschinenbaus. Die konnte sich so beispielhaft entwickeln, da von vornherein in diesem nationalen Forschungsprogramm zur Entwicklung der Mikroelektronik beide Seiten am Tisch waren. Und dann haben frühzeitig die Maschinenbauer gelernt, welche Möglichkeiten diese Mikroelektronik eröffnet. Und umgekehrt haben die Mikroelektroniker frühzeitig gelernt, was denn ihre Anwender gut oder weniger gut finden. Etwas, was sonst einer langen Nachforschung bedarf, ist in die Entwicklung der Technik hineingebracht worden.

Bei uns heißt es zwar immer, eine gute Technik findet ihren Markt. Natürlich ist das so. Die Frage ist nur wann und wo? Wir können ja viele gute Techniken erfinden. Daß sie den Markt bei uns finden müssen, ist nicht gesagt. Sinnvoller

ist zweifelsohne, wenn man von beiden Seiten herangeht. Das haben uns die Japaner sehr gut vorexerziert, haben damit enorm aufgeholt und uns überholt, z. T. auch die Amerikaner überholt. Aber auch die Amerikaner haben sehr viel Marktförderung geschaffen, nicht nur Technikförderung.

Ich habe ein sehr schönes Beispiel von erstarrten Strukturen: Wie die Banken, wie der Staat Existenzgründer finanziert. Es gab ein junges Unternehmen, das viele Jahre im „Spiegel“ als eines der Topunternehmen sehr gelobt wurde. Es erhielt zahlreiche Preise. Finanziert wurde es aus Landesmitteln und von der Sparkasse. Dieses Unternehmen wurde gefördert mit etwa 20 Millionen Mark, meistens mit ziemlich teuren Krediten. Da hat die Bank ganz gut verdient! Es ist ein Produkt herausgekommen, das mehrfach untersucht wurde und es wurde gesagt: „Es hat eine dicke Marktchance.“ Es war ein Produkt mit dem man Tests für Herzinfarkte von mehreren Stunden auf wenige Minuten reduzieren kann. Dann war das Produkt fertig, aber der Markt war nicht da. Und sie hätten weitere 20 Millionen gebraucht, um den Markt zu erschließen, die Produktion hochzuziehen. Das wundert niemand, daß man soviel braucht. Nur staatliche Wirtschaftsförderer und Sparkassen; Bankenwirtschaftsförderer, Leute, denen der Blick dafür fehlt, haben möglicherweise die Hoffnung, daß sich solch ein tolles Produkt von selbst einen Markt erwirbt. Wer sollte denn dieses Produkt sofort auf den Markt bringen? Bürger, die viel Geld investiert haben in genau die Labors, die mehr Zeit für die Tests brauchen und nun durch diese Erfindung aus dem Markt geschmissen werden? Man darf doch von denen nicht erwarten, daß die völlig uneigennützig sind und einfach wegen etwas Innovativem ihr altes etabliertes Produkt vom Markt nehmen, mit dem sie Millionen verdienen.

Also die Konkurrenz, die springt doch nicht darauf. Wer sonst? Irgend jemand der risikobereit ist und sonst niemand. Und das ist in vielen Bereichen so. Es hat nicht geklappt. Das Unternehmen ist bankrott gegangen und damit sind viele Millionen Landesbürgschaften verloren gewesen. Das zeigt, was wir falsch machen.

Und das ist auch ein Problem, das von Banken immer wieder bestritten wird: Wir haben immer noch nicht genügend *Risikokapital*. Auch das staatliche Geld, das da hineinfließt, ist kein richtiges Risikokapital.

Schauen wir uns einmal an, wie Risikokapital woanders aussieht, was für eine Beziehung zwischen Kunden und Financiers besteht: Bei uns sind das Darlehen, abgedeckt mit Zinsen. In den USA ist das eine Kapitalanlage, die sehr spekulativ ist: Kapitalisten spekulieren darauf, daß sie in einem von sieben oder acht Fällen den dicken Erfolg haben. Und dann zahlt es sich aus. Ich habe kürzlich mit einem der führenden „Venture“-Spezialisten diskutieren können. Die sagen: „Wir investieren natürlich gleichzeitig in mehrere konkurrierende Entwicklungen mit vielen Millionen. Im Durchschnitt mit zehn bis 15 Millionen. Die meisten Fälle gehen ziemlich schief. Wenn wir Glück haben, verlieren wir nicht alles, wenn wir Pech haben verlieren wir fast alles. Wenn wir aber in zwei Fällen einen Durchbruch erlangen, dann kommt ein derartiger Gewinn, einfach durch die rasche Entwicklung des Aktienwertes, an dem wir uns beteiligen durch unser Risikokapital, daß wir mehr als genug verdienen.“ Der „Venture-Capitalist“ engagiert sich im Unternehmen selbst. Der ist beteiligt am Unternehmenserfolg. Er hat keinen abgesicherten Kredit, bei dem es ihm gleichgültig sein kann, ob das Unternehmen Erfolg hat oder nicht, wie beispielsweise mit Landesbürgschaften.

Unsere Finanzierungsmechanismen, unser Steuersystem, funktioniert nicht mehr. Wir besteuern die Arbeit hoch, wir besteuern das investierte Kapital in Form seiner Dividenden hoch. Die Spekulanten aber wenig, die Ressourcen auch wenig. Wir haben inzwischen viel zu viel Subvention, viel zu viel Staat, der uns das Geschäft schwierig macht. Damit will ich nicht sagen „Weg mit dem Staat und alles privatisieren!“. Ganz im Gegenteil. Viel von dem, was wir uns heute als Wohlfahrtsstaat leisten, können wir marktwirtschaftlich deuten. Niemand schreibt uns doch vor, daß wir die soziale Versicherung staatlich laufen lassen. Es gibt Beispiele, daß man die Sozialversicherung auch über die Pensionsfonds führen könnte, die genauso sicher sind. Dann wären die Beschäftigten über ihren Pensionsfonds am „Shareholder Value“ beteiligt und hätten ein gewichtiges Wort mitzureden.

Man könnte sich also Formen zur Finanzierung der sozialen Sicherheit ausdenken, die erstens mindestens genauso effektiv wären, die auch mehr Investition in die Wirtschaft bringen würden und die gleichzeitig von Rationalisierung bedrohten Arbeitnehmern einen Einfluß auf die Mitbestimmung auf der Kapitalseite geben würde. Also ich will mit weniger Staat nicht sagen "weniger Wohlfahrtsstaat". Wir könnten uns all dies leisten, wenn wir umsteigen auf den Markt. Wenn der Staat eher überlegt, wie kann ich dafür sorgen, daß ein gescheiter Markt entsteht für etwas, das wir wollen als daß er selber produziert. Besser wäre, wenn der Staat aufhörte, direkt in den Markt zu intervenieren, und statt dessen dafür sorgen würde, daß wir die richtigen Gesetze bekommen - die wir bisher nicht haben.

Wir haben Gesetze, die stammen im wirtschaftlichen Zweig noch fast von Bismarck. Und seit dem hat sich die Welt so ein bißchen verändert! Wir leben mit Gesetzen, und das sind viele, die aus dem mittleren Industriezeitalter kommen und wollen den Weg in die Informationsgesellschaft gehen, in die wissensbasierte Volkswirtschaft. Das kann nicht gut gehen.

Das macht das Problem aber auch so schwierig: Wenn wir wüßten, es ist eine einzige Ursache, wäre es ja leicht zu lösen. Das Problem ist, bei uns ist ganz vieles im System falsch. An vielen Stellen klappt es nicht mehr. An Hochschulen, Unternehmen, an den Organisationsstrukturen von Unternehmen. Anstatt zu begreifen, daß es immer ein Zeichen des Wandels war, daß die jeweils fortgeschrittenen Volkswirtschaften aus bestimmten Produktionen heraus müssen und sie den weniger fortgeschrittenen überlassen müssen, kämpfen sie inzwischen mit Zähnen und Klauen, um den Preiswettbewerb mit den Entwicklungsländern zu bestehen. Und erzählen dann im „Spiegel“ auch noch: „Toll! Wie wir jetzt den Kampf aufnehmen müssen mit den Arbeitnehmern in Bangladesch.“ Das ist völliger Unsinn. Die werden dargestellt als unsere Konkurrenten. Die wären doch froh, wenn sie überhaupt eine Chance hätten, mit uns in Konkurrenz zu treten. Unsere Konkurrenten sind nicht diese Arbeitnehmer, sondern die Industrien in den anderen entwickelnden Volkswirtschaften. Die gewinnen den Konkurrenzkampf, weil sie uns zwei Nasenlängen voraus sind in puncto Innovation. Und alles andere ist einfach falsch.

Wir haben ein tiefes Unbehagen in diesem Land gegen Neues. Eine *Technikskepsis* und eine Unfähigkeit mit Technik umzugehen. Die Gentechnologie- und Atomkraftwerkdebatte, das ist einfach unglaublich auf beiden Seiten.

Wir haben die Atomwirtschaft mal gefeiert als den großen Durchbruch. Als wir die Probleme kannten, haben wir das Ganze einfach abgebaut. Heute sagen wir: „Weg damit.“ Inzwischen wissen wir, daß möglicherweise eine neue Form von Fusionsreaktoren in eine neue Zeit hineinführen könnte. Aber wir diskutieren das schon gar nicht mehr. Wir beschließen auf der Basis der technologischen Entwicklung, die inzwischen zehn bis 15 Jahre alt ist, reell unsere Zukunft. Und die Atomindustrie ist auch nicht in der Lage begreiflich zu machen, daß man das vielleicht anders sehen könnte.

Gentechnologie scheint in Deutschland jahrelang nicht mehr möglich. Dabei wurde sie von den Wissenschaftlern zur Spitze vorangetrieben - einige der führenden gentechnologischen Forschungseinrichtungen befinden sich in diesem unseren Bundesland. Die Chemie aus diesem Bundeslande produziert alles in South Carolina oder sonstwo, weil es hier gar nicht geht.

Wir reden hier noch darüber, was wir noch alles verbieten müssen an gentechnologischer Produktion; stören damit den aufnahmefähigen Markt. Und natürlich kommt niemand in ein Land, wo man keinen Markt hat. Damit will ich nicht sagen, daß wir jetzt risikobewußt jeden Blödsinn erlauben sollten. Man kann nur sehr schnell feststellen, welche Bereiche der Gentechnologie unproblematisch sind. Wir wüßten schnell, welche Bereiche riskant sind oder welcher große Bereich noch näher untersucht werden muß.

Wenn wir lernten mit Bio- oder Gentechnologie auch im Kopf richtig umzugehen, könnten wir uns Märkte schaffen. Zukunftsmärkte, die jetzt ein Stück weit an uns vorbeigehen. Und das ist in vielen anderen Technologiebereichen auch so - beispielsweise die Mikroelektronikdebatte. Jahrelang haben wir ein Programm erfunden, das uns davor geschützt hat, Mikroelektronik schnell einzusetzen. Statt daß wir uns überlegt haben: Wie muß ich meine Arbeits- und Produktionssysteme gestalten, so daß die Arbeitnehmer geschützt sind?

Oder wenn es um Dienstleistungen geht. Die ganze Debatte um das Ladenschlußgesetz, die einfach an Kläglichkeit nicht zu übertreffen ist. Ich sehe

ein, daß die schlecht bezahlten Verkäuferinnen und Verkäufer nicht noch mehr arbeiten müssen. Ich habe volle Sympathie dafür. Aber da kann man auch mal überlegen, wie man mit dem Einzelhandel verhandeln kann, wenn man die Ladenschlußzeiten ausweitet - was ich für sehr vernünftig und kundenorientiert halte. Ich finde es schön, wenn ich bis Mitternacht einkaufen kann. Wie man das gestalten kann, daß diejenigen, die das mit tragen müssen, nicht noch schlechter gestellt, vielleicht sogar besser gestellt werden können, muß verhandelt werden. Da hätte man auch im Zusammenhang mit dem 630-DM-Gesetz vieles schöner regeln können.

Die OECD hat gesagt, in der neuen wissensbasierten Volkswirtschaft ist nicht das Faktenwissen wichtig, auch das Zusammenhangswissen ist nicht so ausschlaggebend. Das, was Wissenschaft bietet, das ist da. Viel wichtiger ist zu wissen, wozu man die Dinge gebrauchen kann - also das „*Know-How*“. Und auch: *Wer weiß was*. Dinge, die man in der Schule heute gar nicht mehr lernt. Da sind wir immer noch in alten Debatten gefangen; in alten Strukturen. Und all das zusammen führt uns in eine Situation, wo wir große Schwierigkeiten haben werden, für uns eine vernünftige Zukunft der Arbeit zu gestalten.

Es ist kein historisches Gesetz, kein genereller Trend in der Entwicklung der Volkswirtschaft und nicht mit einer unentrinnbaren Logik verbunden, daß wir keine Zukunft der Arbeit haben.

Wir könnten das Problem lösen, wenn es uns gelänge, uns aus diesen ganzen Korsetten der Innovationsunfähigkeit, des verpaßten Strukturwandels, heraus zu befreien und wirklich wieder innovativ zu werden, wirklich nach vorne zu gehen, in einer vernünftigen Weise Risiko auf uns zu nehmen und auch über Risiko zu reden. Dann werden wir mit Sicherheit das Problem *Zukunft der Arbeit* schnell vom Tisch haben.

Die Vorstellungen, die Herr Kohl vor vielen Jahren einmal hatte, er könne die Arbeitslosigkeit halbieren, die war nicht abwegig. Er hat sie nur auf einem falschen Weg angegangen. Konservativ, im Sinne von Bewahrung von dem was ist, im Festhalten an den überholten Politikinstrumenten, im Festhalten an den überholten Debatten wie der hohen Arbeitslosigkeit. Davon müssen wir weg. Wir müssen wissen, wir sind auf dem Weg aus der Industriegesellschaft

heraus in eine wissensbasierte Volkswirtschaft, wo Wissen ganz zentral wird. Aber nicht das Wissen, was man in Büchern liest. Davon ist nämlich genug vorhanden. Sondern das Wissen, das uns zeigt, wie wir vorhandenes Bücherwissen sinnvoll nutzen können. Wie können wir dies mit unserer Erfahrung zusammenbringen, rasch umsetzen in neue Produkte, neue Märkte? Und vor allem auch in neue Produkte mit einer ganz neuen Dienstleistungsqualität? Wir sind auf dem Weg weg aus einem Zeitalter des Massenanzuges, aber nicht wieder zurück in eine Zeit der Maßschneider. In eine Zeit, in der die Technik der Massenproduktion technisch und organisatorisch so flexibel ist, daß man in Massen einen Maßanzug produzieren kann. Oder mit Stahl Häuser bauen kann, die vollindustrialisiert hergestellt werden und trotzdem ganz genau auf jeden Kundengeschmack zuschneidbar sind.

„Mass-Customization“ nennt man das wieder in Neudeutsch. Dahin müssen wir gehen. Neue Qualität bieten.

Das ist der Weg. Und nur wenn wir diesen Weg begreifen und sehr schnell begehen und dafür an allen Stellen ansetzen und nicht sagen, es sind die blöden Politiker, die sturen Gewerkschaftsfunktionäre oder die Professoren im Elfenbeinturm. Und wenn man uns begreifen machen will, wir alle sind Teil einer Verschwörung, die den Strukturwandel, die Zukunft unserer Arbeit, kaputtmacht, dann haben wir doch wieder eine Zukunft der Arbeit.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Folgende Diskussionspapiere können Sie bei Bielefeld 2000plus gegen Erstattung der Druck- und Portokosten anfordern oder als pdf-Datei auf der Webseite von Bielefeld 2000plus unter www.uni-bielefeld.de/bi2000plus/veroeffentlichungen.html beziehen:

Nr. 1:

Prof. Dr. Thorsten Spitta, 1997, Universität Bielefeld:

IV-Controlling im Mittelstand Ostwestfalens - Ergebnisse einer Befragung

Nr. 2:

Prof. Dr. Herwig Birg, 1998, Universität Bielefeld:

Nationale und internationale Rahmenbedingungen der Bevölkerungsentwicklung Bielefelds im 21. Jahrhundert

Nr. 3:

Dr. Bernd Adamaschek, 1998, Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh:

Zwischenbehördliche Leistungsvergleiche - Leistung und Innovation durch Wettbewerb

Nr. 4:

Prof. Dr. Hermann Glaser, 1998, Technische Universität Berlin, ehem. Kulturdezernent der Stadt Nürnberg:

Der ästhetische Staat - Arbeit und Arbeitslosigkeit, Tätigkeitsgesellschaft

Nr. 5:

Dipl.-Kfm. Ralf Wagner, Dipl.-Kffr. Claudia Bornemeyer, cand. rer. pol. Stephan Kerkojus, 1999, Universität Bielefeld:

Imageanalyse des Bielefelder Einzelhandels

Nr. 6:

Prof. Dr. Helge Majer, 1999, Universität Stuttgart:

Die Ulmer Lokale Agenda 21 und der Beitrag der Wirtschaft

Nr. 7:

Prof. Dr. Franz Lehner, 1999, Institut für Arbeit und Technik Gelsenkirchen:

Zukunft der Arbeit